

Orthokliniken in Rottweil und Schramberg gehören zur Maybach Medical Group

Martin Himmelheber (him)

1. Juli 2023



Rottweil/Schramberg. Die Orthokliniken in Schramberg und Rottweil gehören seit dem 1. Juli zur Maybach Medical Group. Auf der Homepage des Stuttgarter Unternehmens wird die Übernahme bekannt gemacht. Die Maybach Medical Holding GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und hat ihren Sitz in Stuttgart in der Maybachstraße.

Alles zum Guten für die Patienten

Die Maybach Medical Group betreibt laut Homepage „neben Akut-, Fach- und Rehakliniken auch Medizinische Versorgungs- und Physiotherapiezentren, um Patienten sowohl ambulant als auch stationär – aus einer Hand – behandeln zu können“.

Gemeinsames Ziel sei, die Patientenversorgung vor Ort in Rottweil und Schramberg sicherzustellen und

weiter auszubauen. Für die Patientinnen und Patienten werde sich aber „erst einmal“ nicht viel ändern: Alle bekannten Ärzte kümmern sich weiter um die Patientinnen und Patienten vor Ort. „Auch das Untersuchungsspektrum und die Schwerpunkte – sowohl in der konservativen als auch operativen Behandlung – bleiben zunächst gleich“, heißt es weiter.

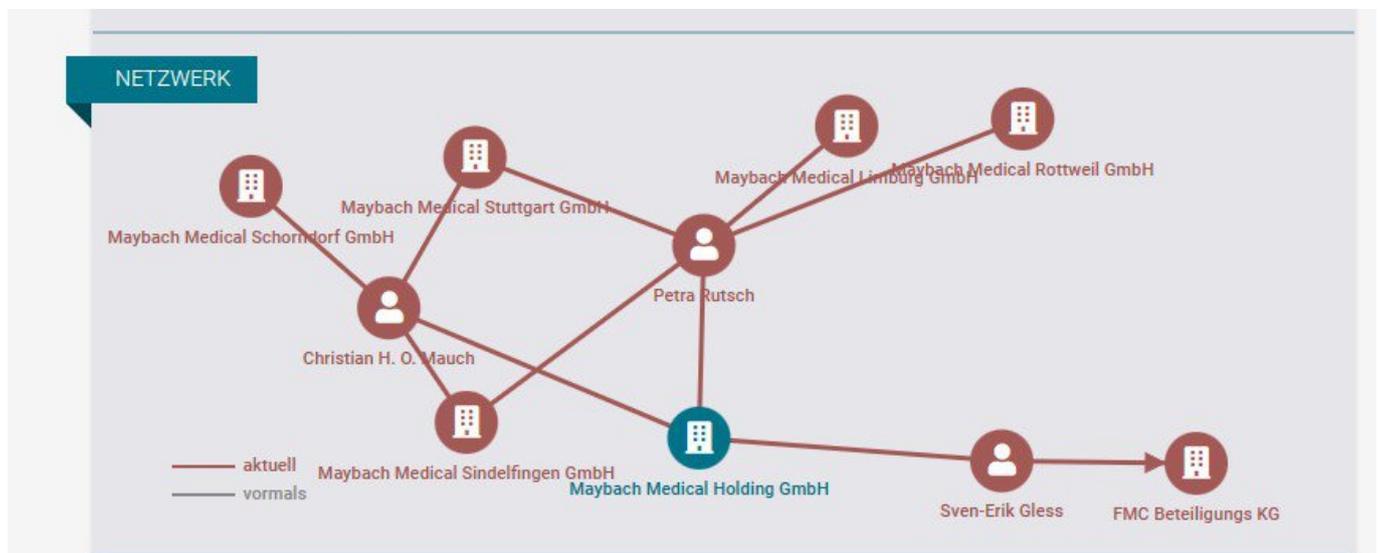
Im Verbund könnten die Medizinerinnen und Mediziner an den beiden Standorten künftig „auf die Expertise der Gruppe zu Expertenaustausch zurückgreifen“. Außerdem würden viele der nicht-medizinischen Prozesse künftig zentral umgesetzt. So hätten die Ärztinnen und Ärzte mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten.

Neben zahlreichen Praxen für Orthopädie und Pneumologie im Großraum Stuttgart betreibt die Maybach Group auch eine Rehaklinik in Bad Ems. Die Klinik hat insgesamt 165 Betten.

Finanzbeteiligungsgesellschaft als Teilhaber

An der Maybach Medical Group ist unter anderem die Bremer Beteiligungsfirma FMC beteiligt. Dieses Unternehmen wiederum gehört einer Reihe von Partnerinnen und Partnern, zu denen auch Petra Rutsch, zählt, eine der Geschäftsführerinnen der Maybach Medical Group.

Die FMC beteilige sich „an Unternehmen, die sich in besonderer Situation befinden“, heißt es auf der Homepage. ThyssenKrupp beispielsweise hat 2021 ihre Infrastruktursparte an FMC verkauft.



Grafik: North Data

Warum interessiert die NRWZ sich für die Gesellschafterverhältnisse?

„Kapitalgesellschaften kaufen Arztsitze lukrativer Fachbereiche auf und legen sie zu Praxisketten oder medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zusammen“, berichtet die Tageszeitung TAZ. Formal dürfen Kapitalgesellschaften keine Praxen, aber Kliniken kaufen. Und diese Kliniken wiederum können dann die Arztsitze erwerben. Diese Reform hatte die damalige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) ermöglicht.

Nur noch lukrative Eingriffe?

In einem Interview mit der TAZ am Wochenende sieht der Regensburger Augenarzt Horst Helbig die Gefahr, dass sich solche „gewinnorientierten Praxen“ auf lukrative Behandlungen spezialisieren. In seinem Fall der Augenheilkunde etwa auf graue-Star OPs. Die weniger lukrativen Behandlungen wie Netzhautablösungen oder eine Schieloperation beim Kind würden dann der nächsten Notfallklinik überlassen, fürchtet Helbig, der auch Präsident der Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft ist.

Der Mediziner sorgt sich, dass die investorenbetriebenen Praxen zu Monopolen werden und die Politik erpressbar würde. Motto: Wenn Ihr das und das durchsetzt, machen wir die Praxis zu. „Hinzu kommt, dass nahezu alle diese Firmen ihren Sitz in Steuerparadiesen haben – sie ziehen also Geld aus der gesetzlichen Krankenversicherung ab und versteuern die Gewinne nicht einmal hier“, so Helbig im Interview.

Bundesregierung plant Gesetzesänderung

Im Dezember hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) einen Gesetzentwurf angekündigt, der das Ankaufen von Arztpraxen durch Finanzinvestoren eindämmen soll. Dieser liege allerdings noch nicht vor, so die TAZ. Man habe sich regierungsintern noch nicht einigen können, heiße es aus dem Gesundheitsministerium.

Augenarzt Helbig meint, dass bei den bereits bestehenden Investitionen in Praxen und MVZs sich das Rad nicht mehr zurückdrehen lassen werde. Er fordert die Politik aber auf, „zumindest einen Weg zu finden, diese Ketten zu zwingen, sich auch um Dinge zu kümmern, bei denen die Einzelleistung keinen Profit bringt“.